



Büro der Oberbürgermeisterin

**An die
Mitglieder
des Rates der Hansestadt Lüneburg**

Rathaus, Haupteingang

Auskunft erteilt

Frau Kamionka, Ratsbüro

Telefon

309 – 3114

Email

andrea.kamionka@stadt.lueneburg.de

Mein Zeichen

01/R

Datum

25.10.2024

PROTOKOLL

Anliegend erhalten Sie das Protokoll zur nachstehenden Sitzung:

▼ Gremium

Rat der Hansestadt Lüneburg

▼ Sitzung vom:

19.09.2024

▼ Sitzungsort

Ritterakademie, Am Graalwall 12, 21335 Lüneburg

▼ Tatsächliche Sitzungsdauer

17:00 - 21:20 Uhr

Den Öffentlichkeitsstatus der Sitzung entnehmen Sie bitte der beigefügten Tagesordnung.

Vorsitzende

Oberbürgermeisterin

Protokollführerin

John

Kalisch

Kamionka

ANWESENHEITSLISTE

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Frau Christel John Bürgermeisterin

Mitglieder des Gremiums

Frau Jule Grunau Bürgermeisterin

Frau Claudia Kalisch

Frau Hiltrud Lotze Bürgermeisterin

Frau Carmen Maria Bendorf

Herr Ulrich Blanck

Herr Michael Bugenhagen

Frau Dr. Corinna Maria Dartenne

Herr Thomas Dißelmeyer

Frau Marianne Esders

Herr Friedhelm Feldhaus

Herr Keno Freund

Herr Robin Gaberle bis 21:00 Uhr

Herr Christian-Tobias Gerlach

Herr Wolfgang Goralczyk

Herr Cornelius Grimm ab 17:30 Uhr

Herr Ralf Gros ab 17:25 Uhr

Herr Burghard Heerbeck

Frau Antje Henze

Herr Kai Herzog

Frau Andrea Kabasci ab 18:10 Uhr bis 21:00 Uhr

Herr Jörg Kohlstedt

Herr Sören Köppen bis 19:30 Uhr

Herr Jörn-Christian Manzke bis 21:00 Uhr

Herr Pascal Mennen

Herr Uwe Nehring

Herr Dirk Neumann

Herr Holger Nowak

Herr Dr. med. Michael Perschmann

Herr Sören Pinnekamp

Herr Eckhard Pols

Frau Pia Redenius

Frau Laura Schäfer

Frau Andrea Schröder-Ehlers

Herr Jens-Peter Schultz

ab 17:40 Uhr bis 21:15 Uhr

Herr Frank Soldan

Frau Dr. Julia Verlinden

Frau Jana Mederike Warnck

Gäste

Herr Torsten Schrell

Verwaltung

Herr Markus Moßmann Erster Stadtrat

Herr Matthias Rink Stadtkämmerer

Frau Uta Hesebeck FBL 7

Vertretung für: Frau Heike Gundermann
Stadtbaurätin

Herr Michael Bahr Rechtsamtsleiter

Herr Sebastian Balmaceda

Frau Ann-Kristin Jenckel 01P

Frau Dr. Eva Kern , 01-8

Herr Carl-Ernst Müller Stabsstelle 01

Herr Jens Rumpel BL 51

Frau Karin Fischer Gleichstellungsbeauftragte

Protokollführung

Frau Andrea Kamionka

Frau Mayte Wüstmann

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil

- 1** Film- und Tonaufnahmen in der Ratssitzung gem. § 14 der Hauptsatzung
- 2** Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3** Feststellung der Tagesordnung
- 4** Genehmigung des Protokolls vom 22.08.2024
- 5** Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
- 6** Einwohnendenfragen
- 7** Berufung von zwei Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in den Stiftungsvorstand der Lüneburger Bürgerstiftung
Vorlage: VO/11470/24
- 8** Bericht zur Geschäftsentwicklung der Sparkasse Lüneburg
- 9** Bürger:innenräte für Lüneburg
Vorlage: O/09822/21-1-1-1
- 10** Glasfaserausbau im Lückenschlussprogramm in der Hansestadt Lüneburg
Vorlage: VO/11432/24
- 11** Annahme von Zuwendungen im Rat
Vorlage: VO/11469/24
- 12** Lüneburger Parkhaus und Parkraum Verwaltung-GmbH - Änderung des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Hansestadt Lüneburg Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung
Vorlage: VO/11413/24
- 13** GfA Lüneburg gkAöR - Jahresabschluss 2023 - Zustimmung zu den Beschlüssen des Verwaltungsrates
Vorlage: VO/11418/24
- 14** Museumsstiftung Lüneburg - Neubesetzung des Stiftungsrates
Vorlage: VO/11428/24
- 15** Umsetzung der Untersuchungen zum ruhenden Verkehr in der Hansestadt Lüneburg - Parkraumbewirtschaftungskonzept (2. Lesung)
Vorlage: VO/11281/24
- 16** Ausschussveränderungen
Vorlage: VO/11455/24
- 17** Anträge aus Fachausschüssen
- 17.1** Antrag "Wirtschaftslotsin/Wirtschaftslotse" (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.09.2023) und Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 07.11.2023, eingegangen 07.11.2023, 14:15 Uhr
Vorlage: VO/10898/23

- 17.2** **Antrag "Vonovia-Wohnungen in Lüneburger Hände" (Antrag der SPD-Fraktion vom 07.05.2024, eingegangen 13.05.2024, 22:14 Uhr)
Vorlage: VO/11297/24**
- 18** **Neue Anträge und Anfragen**
- 18.1** **Antrag "Gemeinsamen Integrationsbeirat neu aufstellen" (gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 12.08.2024, eingegangen am 02.09.2024)
Vorlage: VO/11452/24**
- 18.2** **Antrag "Finanzierung von Sprach- und Kulturmittler:innen" (Antrag der SPD-Fraktion vom 05.09.2024, eingegangen am 05.09.2024)
Vorlage: VO/11458/24**
- 19** **Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten**

PROTOKOLL:

Öffentlicher Teil

zu 1 Film- und Tonaufnahmen in der Ratssitzung gem. § 14 der Hauptsatzung

Die anwesenden Mitglieder des Rates und der Verwaltung stimmen Film- und Tonaufnahmen zu.

zu 2 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeisterin John begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Rates der Hansestadt Lüneburg fest.

Zum Gedenken der Opfer von Solingen wird eine Schweigeminute durchgeführt.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 31
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 4 Genehmigung des Protokolls vom 22.08.2024

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 22.08.2024 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 29
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 3

zu 5 Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

Die Verwaltung berichtet zu folgenden Themen:

Mitteilungen der Gleichstellungsbeauftragten
Frau Fischer informiert über ihre Teilnahme an der 28. Bundeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten und gibt Auskunft über den bevorstehenden Aktionszeitraum mit Terminen zum Thema Reproduktive Gesundheit und Selbstbestimmung.

Dialograum

Herr Müller, Leiter der Stabsstelle Nachhaltige Stadtentwicklung, weist auf die Eröffnung des Dialograums in der Grapengießerstraße 47 hin. Das Team der Strategischen Innenstadtentwicklung werde ab November vor Ort sein. Vorab werde beginnend am 21.09.24 eine Lego-Ausstellung von und mit Benjamin Albrecht dort zu finden sein, der seine bisherigen Lüneburger Bauten zeigt und das Rathaus in dieser Zeit bauen wird.

Sicherheit in der Innenstadt

Oberbürgermeisterin Kalisch berichtet von einem Gespräch zwischen der Lüneburg City Management (LCM) und der Stadtverwaltung. Es habe einen Austausch über den Kommunalen Ordnungsdienst und die Idee eines privaten Sicherheitsdienstes gegeben. Letzterer käme nicht in Betracht, da es sich um eine hoheitliche Aufgabe handeln würde.

Gradierwerk

Die Arbeiten zur Ertüchtigung und Sanierung des Gradierwerks wurden aufgenommen.

Platz der Kinderrechte

In den Folgetagen wird am Marienplatz ein Hinweisschild enthüllt. Hierauf würden auch Bilder von Kindern zu sehen sein.

Welt-Still-Woche

Die Stadt unterstützt die Einrichtung stillfreundlicher Strukturen für alle. Es würden Stillorte in der Innenstadt geschaffen, ähnlich dem Konzept Stadt-WC.

Müsliriegel

Die DeVauGe hat 5.000 Müsli-Riegel für Stadtteilhäuser, Kinderprojekte etc. gespendet. Einige dieser Riegel lägen zum Kosten aus.

zu 6 Einwohnendenfragen

Ein Bürger stellt folgende Einwohnendenfrage sowohl an die Fraktionen als auch an die Oberbürgermeisterin:

Vor rund einem Jahr hat sich die Initiative Bezahlbarer Wohnraum im Erbbau Lüneburg gegründet. Mittlerweile haben wir den Fraktionen und der interfraktionellen Arbeitsgruppe Lösungsvorschläge für eine Reform der Erbbaukonditionen in Lüneburg zukommen lassen. Die Initiative hatte am 27. Juni dieses Jahres im Freiraum zu einem konstruktiven Gespräch über diesen Reformvorschlag geladen. Bis heute haben wir weder eine Reaktion auf diese Vorschläge noch einen Entwurf der Stadt als Diskussionsgrundlage erhalten.

Wie ist der Diskussionsstand in den Fraktionen zu dem Lösungsmodell der Initiative und wann wird den 10.000 vom Erbbau in Lüneburg betroffenen Bürger:innen ein Vorschlag zur Diskussion vorgestellt? Wie schätzen Sie, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, den Erbbau als wohnungspolitisches Instrument ein, um bezahlbaren Wohnraum in Lüneburg langfristig zu erhalten?

Ratsherr Gaberle teilt mit, dass die AfD keine Informationen erhalten habe und daher auf die Frage nicht antworten könne.

Ratsherr Goralczyk verweist auf die Diskussion in der Arbeitsgruppe. Man sei an dem Thema dran, wolle aber nicht vorpreschen.

Ratsfrau Esders erklärt, dass ihre Gruppe die Ansätze der Bürgerinitiative unterstütze und aus ihrer Sicht die Diskussion sehr intransparent geführt werde.

Ratsherr Feldhaus bestätigt die Arbeit in der Arbeitsgruppe. Man versuche eine Abstimmung zu erreichen und habe sich verständigt, die Bürgerinitiative in die Arbeitsgruppe einzuladen.

Auch Ratsfrau Lotze weist auf die Arbeitsgruppe hin und berichtet, dass in der Arbeitsgruppe Genauigkeit vor Schnelligkeit gehe.

Ratsherr Soldan weist darauf hin, dass die Konzepte der Bürgerinitiative vorlägen, man sei dabei, nach einer Lösung zu suchen.

Oberbürgermeisterin Kalisch erklärt, dass Erbbaurechte ein sinnvolles wohnungspolitisches Instrument sein könnten. Man verfolge die Ansätze durchdacht weiter.

Stadtkämmerer Rink informiert, dass an der Arbeitsgruppe alle Fraktionen teilnehmen könnten und alle Unterlagen, auch die der Bürgerinitiative, dokumentiert würden. Er selber sei mit den Sprechern in Kontakt und habe mitgeteilt, dass eine Einladung in die Arbeitsgruppe erfolgen werde.

zu 7 Berufung von zwei Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in den Stiftungsvorstand der Lüneburger Bürgerstiftung
Vorlage: VO/11470/24

Beratungsinhalt:

Herr Reinhardt stellt sich dem Rat vor und beantwortet die Fragen der Ratsmitglieder.

Ratsfrau Esders kritisiert den Auswahlprozess.

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst mehrheitlich folgenden Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg beruft mit Wirkung zum 01.01.2025 Ulf Reinhardt sowie Frank Da-lock als Personen des öffentlichen Lebens in den Vorstand der Lüneburger Bürgerstiftung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 35
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 1

zu 8 Bericht zur Geschäftsentwicklung der Sparkasse Lüneburg

Beratungsinhalt:

Herr Schrell, Geschäftsführer der Sparkasse Lüneburg, stellt anhand der beigefügten Präsentation den Geschäftsbericht der Sparkasse Lüneburg für das abgelaufene Jahr vor.

Er beantwortet die Nachfragen der Ratsmitglieder.

Beschluss:

Der Bericht zur Geschäftsentwicklung der Sparkasse Lüneburg wird zur Kenntnis genommen.

zu 9 Bürger:innenräte für Lüneburg
Vorlage: O/09822/21-1-1-1

Beratungsinhalt:

Oberbürgermeisterin Kalisch wirbt um Zustimmung für die Weiterführung der Bürger:innenräte. Sie weist darauf hin, dass die Empfehlungen aus dem Testlauf mit Stellungnahmen der Verwaltung noch den Gremien vorgelegt würden.

Ratsfrau Schröder-Ehlers spricht sich für die Fortsetzung aus. Der Testlauf habe gezeigt, dass Bürger:innenräte ein gutes Beteiligungsinstrument seien. Sie bedankt sich bei Frau Kern, Stabsstelle Nachhaltige Stadtentwicklung, und dem dahinterstehenden Team.

Ratsherr Heerbeck erklärt, dass die kommunalen Räte die gewählten demokratischen Gremien seien. Demokratie sollte keine Frage einer Lotterie sein. Er verweist auf seine Kritik aus November 2023 und insbesondere auf die hohen Kosten aus freiwilligen Mitteln. Das Ergebnis des Testlaufs sei ebenfalls zu kritisieren, da eine Hälfte der Empfehlungen bereits umgesetzt sei und die andere Hälfte nicht umzusetzen wäre. Bürger:innenräte seien teuer. Die dort behandelten Fragestellungen sollten durch die Politik gelöst werden.

Ratsfrau Redenius zitiert aus einem Podcast von September 2023 zum Thema Bürger:innenräte, in dem über die Vorteile des Instruments informiert wurde. Der erste Lüneburger Bürger:innenrat sei ein Erfolg gewesen. Sie hoffe, dass die Studien bestätigt würden, die das Instrument als zielführend ausweisen würden. Die Besetzung nach bestimmten Kriterien sei eine gute Ergänzung zum Rat.

Ratsfrau Esders weist darauf hin, dass es nicht nur um das Ergebnis, sondern auch um den Prozess ginge. Durch aktive Beteiligung und Teilhabe würde die Demokratie gestärkt.

Ratsherr Soldan sieht durch Bürger:innenräte die Stärkung der Demokratie nicht gegeben. Die Menschen würden aber an demokratische Prozesse herangeführt. Er hoffe, dass dadurch die Neugier auf eine eigene politische Aktivität geweckt würde. Der Bürger:innenrat sei eine Ergänzung bei verschiedenen Themen, auch wenn die Themenauswahl schwierig wäre. Die Themen müssten attraktiv und die Ergebnisse umsetzbar sein. Er gehe davon aus, dass man mit diesem Instrument der Politikverdrossenheit entgegenwirken könne.

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst mehrheitlich folgenden Beschluss:

Bürger:innenräte (BR) werden als Instrument für Bürger:innenbeteiligung in Lüneburg eingeführt. Pro Jahr soll ein BR mit 30 Bürger:innen in Lüneburg durchgeführt werden.

Die Verwaltung wird mit der Erstellung einer Richtlinie zur Durchführung von BR in Lüneburg beauftragt. Die Kriterien für die Zusammensetzung des BR werden nach einem weiteren Durchlauf evaluiert.

Im Haushalt werden jährlich 20.000€ für die Durchführung eines BR eingestellt.

Bis zur Erstellung der Beteiligungsstrategie soll übergangsweise die interfraktionelle Arbeitsgruppe BR die Themenauswahl für den nächsten BR vornehmen. Dafür wird die interfraktionelle AG um drei Vertreter:innen aus dem BR zum Glockenhaus erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 30
Nein-Stimmen: 9
Enthaltungen: 0

zu 10 Glasfaserausbau im Lückenschlussprogramm in der Hansestadt Lüneburg Vorlage: VO/11432/24

Beratungsinhalt:

Ratsfrau Schröder-Ehlers geht darauf ein, dass die Notwendigkeit des flächendeckenden Glasfaserausbaus hinreichend diskutiert worden sei. Die Stadt solle sich an dem Förderprogramm beteiligen. Den letzten Satz des Beschlussvorschlags brauche es nicht. Dieser sollte getrennt abgestimmt werden.

Oberbürgermeisterin Kalisch informiert, dass es der Stadt gelungen sei, weitere Fördermittel einzuwerben. Daraufhin seien die Vorlage und der Beschlussvorschlag angepasst worden. Allerdings seien die Mittel erst in Aussicht gestellt worden. Bewilligungsbescheide gebe es noch nicht.

Ratsfrau Esders stellt fest, dass man dem Glasfaserausbau noch immer hinterherhinke. Daher sollte man die Chance nicht verstreichen lassen und dem Vorschlag zustimmen. Das schnelle Internet sei wichtig und die Digitalisierung unverzichtbarer Teil der Daseinsvorsorge.

Ratsherr Gaberle fragt nach, ob die freiwilligen Mittel in Höhe von 125.000 € für 30 Hausanschlüsse bereits im Haushalt eingeplant seien und an welcher Stelle die Mittel eingespart würden.

Oberbürgermeisterin Kalisch erklärt, dass die Mittel in den Haushalt eingeplant würden. Im Übrigen werde immer auch unterjährig versucht, Deckungen im Haushalt zu erreichen. In den Haushaltsplanberatungen bestehe die Möglichkeit, Stellung zu beziehen.

Ratsherr Pols geht auf die mögliche Unterversorgung ein und spricht sich für die Beschlussfassung aus.

Ratsherr Grimm zeigt sich erfreut, dass sein Einwand aus der Sitzung des Wirtschaftsausschusses erhört wurde. Er spricht sich für eine Beschlussfassung ohne Satz 2 aus.

Ratsherr Blanck merkt an, dass in die Überlegungen einbezogen werden müsse, ob die Versorgung mit Glasfaser wirklich alternativlos sei. Auch ohne einen Glasfaseranschluss würden die Menschen nicht vom Internet abgehängt. Angesichts des noch akzeptablen Preises, sei der Ausbau aber vertretbar.

Auch Ratsherr Lühmann signalisiert mit der zusätzlichen Förderung seine Zustimmung.

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die Hansestadt soll die Fördermöglichkeiten im Lückenschlussprogramm zum Glasfaserausbau vom Bund und Land nutzen. In der Haushaltsplanung für 2025 sind die Mittel als freiwillige Leistung in Höhe von 500.000 € einzuplanen. (Eigenmittel der Hansestadt 125.000 € + Zuwendung vom Bund 250.000 € + Zuwendung vom Land 125.000 €).

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst mehrheitlich folgenden Beschluss:

2. Die Maßnahme soll ohne eine Förderung nicht durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung zu Ziffer 1

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 3

Abstimmung zu Ziffer 2:

Ja-Stimmen: 20
Nein-Stimmen: 14
Enthaltungen: 5

**zu 11 Annahme von Zuwendungen im Rat
Vorlage: VO/11469/24**

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Annahme der in der Anlage aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

**zu 12 Lüneburger Parkhaus und Parkraum Verwaltung-GmbH - Änderung des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Hansestadt Lüneburg Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung
Vorlage: VO/11413/24**

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Lüneburger Wohnungsbau GmbH werden angewiesen, die Beteiligungsvertreter der Lüneburger Wohnungsbau GmbH für die Gesellschafterversammlung der Lüneburger Parkhaus und Parkraum Verwaltungs- GmbH anzuweisen, der Änderung des Geschäftsbesorgungsvertrages rückwirkend zum 01.01.2024 zwischen der Hansestadt Lüneburg und der Lüneburger Parkhaus und Parkraum Verwaltungs-GmbH zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

**zu 13 GfA Lüneburg gkAÖR - Jahresabschluss 2023 - Zustimmung zu den Beschlüssen des Verwaltungsrates
Vorlage: VO/11418/24**

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Den im Verwaltungsrat der GfA Lüneburg – gkAÖR gefassten Beschlüssen zum Jahresabschluss 2023 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 14 Museumsstiftung Lüneburg - Neubesetzung des Stiftungsrates Vorlage: VO/11428/24

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Rat beschließt die Berufung von Stadtrat Florian Forster in den Stiftungsrat der Museumsstiftung Lüneburg.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 15 Umsetzung der Untersuchungen zum ruhenden Verkehr in der Hansestadt Lüneburg - Parkraumbewirtschaftungskonzept (2. Lesung) Vorlage: VO/11281/24

Beratungsinhalt:

Oberbürgermeisterin Kalisch weist auf die Aktualisierung der Vorlage hin. Die Beschlussfassung zur Einziehung des Marienplatzes sei zurückgestellt worden, weil die Gestaltungsentwürfe für den Platz in Kürze vorgelegt werden könnten. Am 26.10.24 sei die Präsentation der Entwürfe in einem Beteiligungsverfahren auf dem Marienplatz geplant. Danach würden sich die Gremien mit der Gestaltung befassen können. Die Entscheidung treffe der Rat.

Erster Stadtrat Moßmann merkt an, dass der Änderungsantrag aus dem Ausschuss für Mobilität zu Ziffer 1 jetzt der Vorlage beigelegt sei. Zu Ziffer 2 sei ein Heranziehungsantrag gestellt worden. Der Bitte von Ratsherrn Grimm, die Planzeichnungen der Bewohnerparkbereiche und der Parkgebührenzonen übereinander zu legen, habe man noch nicht nachkommen können. Entsprechende Pläne würden in die weitere Gremienbefassung einbezogen.

Ratsfrau Redenius verdeutlicht, dass bei diesem Thema verschiedene Perspektiven aufeinanderträfen. Über das Parkraumbewirtschaftungskonzept sei häufig gesprochen worden, es werde Zeit für die Umsetzung. Die Neuordnung des Bewohnerparkens sei mit einem Betrag von 10 € je Monat vergleichsweise günstig. Ausgenommen würden noch die Bereiche rund um das Klinikum und die Universität. Diese Gebiete sollten künftig aber auch mit in den Blick genommen werden. Die Heranziehung des Beschlusses zu Ziffer 2 sei nicht nötig aber unproblematisch. Die vorgeschlagenen Anpassungen seien richtig und wichtig. Hinsichtlich der Rückstellung des Marienplatzes werde der Wert der Umgestaltung offenbar noch nicht überall erkannt. Sie freue sich bereits auf die Pläne und die Bürger:innenbeteiligung.

Ratsherr Heerbeck erklärt mit Hinweis auf einen Artikel in der Landeszeitung, dass es um die Neuordnung des Parkens und nicht die Verhinderung eines Verkehrskollapses ginge. Die Verwirrung solle aufgelöst und das Parken einfacher und verständlicher gestaltet werden. Aus dem Gutachten heraus sei ein Handlungskonzept erstellt worden. Er sehe es zwar kritisch, dass Stellplätze aus sicherheitsrechtlichen Aspekten ohne Ersatz wegfielen. Das Gebührenparken werde aber vereinfacht und Parksuchverkehr vermieden. Er gehe nicht davon aus, dass ein Lenkungseffekt eintreten werde, dafür brauche es andere Anreize.

Ratsherr Schultz bestätigt, dass die SPD-Fraktion zu den Zielen der Untersuchung stehe. Man wolle deutlich machen, dass Parksuchverkehre minimiert und die Parkhäuser besser ausgelastet werden müssten. Dafür brauche es bessere Anreize. Damit in ihrer Bewegung eingeschränkte Menschen den Markt erreichen könnten, seien weitere Gespräche nötig, es gebe noch keine zufriedenstellende Lösung. Die Sülzwiesen sollten kostenfrei bleiben, damit Arbeitnehmende den Platz auch künftig nutzen können, zumal sich nicht jeder die Kosten eines Parkplatzes leisten könnte. Hierüber sollte die Entscheidung vertagt werden. Der Marienplatz müsse ganzheitlich betrachtet werden, einschließlich der Aspekte des Denkmals und der historischen baulichen Situation. Daher sei es richtig, sich die Gestaltungsvorschläge vorher anzuschauen. Er stehe für eine moderate Erhöhung der Parkgebühren. Vielleicht sollten die Parkhäuser günstiger werden. Die Bewohnerparkplätze sollten öffentlich diskutiert werden. Er beantragt, den Tagesordnungspunkt zurückzustellen, da die Inhalte noch nicht entscheidungsreif seien.

Ratsherr Neumann formuliert seine Ablehnung der Einnahmesteigerung, da keine Konsolidierung auf der Ausgabeseite erfolge. Die Kostensteigerungen gingen bei den Bürger:innen an die Substanz. Den Bodenrichtwert für Parkplätze heranzuziehen, die kein Bauland wären, würde zu nicht vergleichbaren Werten führen. Die Neuordnung der Bewohnerparkbereiche sei nachvollziehbar. Die Umgestaltung des Marienplatzes könne eingespart werden. Für die Sülzwiesen könne auch eine andere Variante geschaffen werden. Die Summe der Belastungen würde abgelehnt.

Ratsherr Soldan macht deutlich, dass eine Veränderung des ruhenden Verkehrs nicht den Haushalt entlasten solle, sondern dazu diene, Ziele innerhalb der Stadt besser zu erreichen. Die Veränderungen stünden im Zusammenhang mit dem fließenden Verkehr. Heute könne man sich über einige Ziele verständigen, es brauche aber weitergehende Maßnahmen, z. B. beim ÖPNV und dem Ausbau der Radverkehrswege. Das Bewohnerparken sei extrem günstig gewesen. Das Anheben der Gebühren garantiere aber immer noch keinen Stellplatz. Das Bewohnerparken könne öffentlich diskutiert werden. Das Thema Gebührenpflicht der Sülzwiesen müsse auch noch diskutiert werden. Man wolle Berufstätige und Geschäftsinhaber durch das Angebot der Sülzwiesen unterstützen. Es brauche weitere kostenfreie Angebote. Ein Lenkungseffekt zu guten Parkplätzen sei nicht von der Hand zu weisen. Die Innenstadt sei auch auf Besuchende von außerhalb angewiesen.

Ratsfrau Esders wendet ein, dass nicht die Preise der Parktickets erhöht, sondern die Preise des ÖPNV gesenkt werden sollten. Die Sülzwiesen hätten einen Pullfaktor, Ausweichverkehre seien im Umfeld zu erwarten. Eine öffentliche Diskussion gehe sie mit.

Ratsfrau Schröder-Ehlers folgert aus der Diskussion, dass über das Konzept weiter diskutiert werden müsse. Die Auswirkungen würden die Bewohner:innen belasten, hierzu sollte mit den Bürger:innen in einer Bürgerversammlung öffentlich diskutiert werden. Grundsätzlich könne man sich diverse Maßnahmen vorstellen. Es brauche Umgestaltungen in den Parkhäusern, damit das Parken dort attraktiver werde. In der Debatte um den Marienplatz hätte man einen Gestaltungswettbewerb gewünscht, damit der Platz ein schöner Punkt zur Bereicherung der Innenstadt würde. Außerdem brauche es die Sülzwiesen als kostenfreies Parkraumangebot. Wenn der ÖPNV attraktiver würde, könne über eine Bewirtschaftung nachgedacht werden.

Ratsherr Goralczyk weist auf die Aussprachen in Ausschuss für Mobilität hin. Die Maßnahmen seien lange angekündigt worden. Parken sei etwas wert. Er könne die Parkraumsuchverkehre nicht verstehen. Den Heranziehungsantrag könne er nicht unterstützen, da zu befürchten sei, dass über jeden einzelnen Stellplatz diskutiert würde.

Ratsherr Blanck beschreibt, dass es in der Innenstadt durchschnittlich etwa 80 €/Monat kosten würde, privat einen Stellplatz zu pachten. Man müsse die Gegebenheiten an die Realitäten anpassen. Dies könne auch im Rat diskutiert werden. Es sei aber nicht darum gegangen, heimlich im Verwaltungsausschuss debattieren zu wollen. Unter Anwendung des NKomVG habe sich die Zuständigkeit entsprechend ergeben. Das Thema sei schließlich auch öffentlich im Ausschuss für Mobilität beraten worden. Optimierungsbedarf sehe er beim ÖPNV und der Vermeidung von Suchverkehren.

Erster Stadtrat Moßmann erwidert zu den angeführten Punkten, dass bei der Anhebung der Preise für das Bewohnerparken § 6a StrVG berücksichtigt wurde. Er erläutert die Rechtsgrundlage für die Bemessung des wirtschaftlichen Werts eines Parkplatzes. Es ginge nicht vorrangig um die Haushaltskon-

solidierung, eher um Lenkungseffekte. Seit 12.12.23 liege das Gutachten vor, in dem die Bewohnerbereiche dargestellt seien. Es sei eine im Ratsinformationssystem öffentliche einsehbare Anlage. Der Beschluss zum Neuzuschnitt der Bewohnerparkbereiche sei nicht im stillen Kämmerlein vorgesehen, sondern liege unter Anwendung des NKomVG in der Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses. Der dringende Handlungsbedarf bei Sülzwiesen und Parkhäusern, der über Jahre beobachtet wurde, sollte Konsens sein. Er warne davor, die Entscheidungen auf die lange Bank zu schieben. Es brauche eine Entscheidung für die weitere Gremienbefassung. Im Übrigen könnten auch die Geschäftsinhaber für ihre Beschäftigten eintreten und Parkplätze bezuschussen. Aufgabenträger für den ÖPNV sei der Landkreis. Vielleicht könne sich der Kreistag für Verbesserungen einsetzen. Der Landkreis dürfe sich aber nicht bei den Kommunen für die Verbesserungen finanziell bedienen.

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst mehrheitlich folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. dem Rat schnellstmöglich den Entwurf einer Rechtsverordnung zur Neufestsetzung der Gebühren für das Bewohnerparken entsprechend der Darstellung unter Nr. 1.1 dieser Vorlage vorzulegen und die notwendigen Vorbereitungen zur Neuordnung des Bewohnerparkens entsprechend der Darstellung unter Nrn. 1.2 und 1.3 zu treffen. Ziel ist, die Neuordnung des Bewohnerparkens einschließlich der gebührenrechtlichen Folge zum 01.01.2025 umzusetzen. Dabei wird das Bewohnerparken im St. Ursula-Weg nur außerhalb des Bewirtschaftungszeitraums eingerichtet.
2. hierzu dem Rat den Neuzuschnitt der Bewohnerparkbereiche unter Berücksichtigung der Beschlussfassung des Rates zur Entscheidung vorzulegen.
3. ferner dem Rat schnellstmöglich den Entwurf einer Rechtsverordnung zur Neufestsetzung der Gebühren für das Parken an Parkscheinautomaten entsprechend der Darstellung unter Nrn. 2.1 und 2.2 dieser Vorlage vorzulegen und die notwendigen Vorbereitungen zur Umsetzung zu treffen. Ziel ist die Neuordnung des Parkens an Parkscheinautomaten einschließlich der gebührenrechtlichen Folge spätestens zum 01.07.2025 umzusetzen.
4. *–zurückgestellt*
5. die weitere Gremienbeteiligung zur Neuordnung der Parkhaustarife und der Bewirtschaftung des Parkplatzes Sülzwiesen durch die Lüneburger Parkhaus und Parkraum Verwaltungs GmbH entsprechend der Darstellung unter Nr. 4 des Sachverhaltes zu betreiben. Ziel ist, die kostenpflichtige Bewirtschaftung des Parkplatzes der Lüneburger Parkhaus und Parkraum Verwaltungs GmbH zu übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung des Heranziehungsantrags

Ja-Stimmen: 16
Nein-Stimmen: 15
Enthaltungen: -

Abstimmung der Rückstellung der Vorlage

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 20
Enthaltungen: -

Änderungsantrag von Ratsherrn Heerbeck

Ja-Stimmen: 16
Nein-Stimmen: 5
Enthaltungen: 13

Abstimmung zu Ziffer 1 einschließlich der Ergänzung aus dem Antrag von Ratsherrn Heerbeck:

Ja-Stimmen: 22
Nein-Stimmen: 12
Enthaltungen: 3

Abstimmung zu Ziffer 2 einschließlich der Heranziehung:

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 5

Abstimmung zu Ziffer 3:

Ja-Stimmen: 23
Nein-Stimmen: 11
Enthaltungen: 4

Abstimmung zu Ziffer 5:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 14
Enthaltungen: 2

zu 16 Ausschussveränderungen Vorlage: VO/11455/24

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg stellt folgende Ausschussveränderungen fest:

Schulausschuss:

Stellvertretung für Pascal Mennen
Bislang: Kalina Magdzinska
neu: Pia Redenius

Für die Landesschulbehörde
Bisher: Anja Heider-Reends
Neu: N.N.

Jugendhilfeausschuss:

Stellvertretung für Laura Schäfer
Bislang: Kalina Magdzinska
neu: Pascal Mennen

Stiftungsrat der Sparkassenstiftung "Nachhaltigkeit":

Bislang: Kalina Magdzinska
neu: Pia Redenius

Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderungs GmbH für Stadt und Landkreis Lüneburg

Stellvertretung für Ralf Gros:
Bislang Kalina Magdzinska,
neu: Ulrich Blanck

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 37
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 0

zu 17 Anträge aus Fachausschüssen

zu 17.1 Antrag "Wirtschaftslotsin/Wirtschaftslotse" (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.09.2023) und Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 07.11.2023, eingegangen 07.11.2023, 14:15 Uhr Vorlage: VO/10898/23

Beratungsinhalt:

Ratsfrau Dr. Dartenne begrüßt, dass der vor einem Jahr eingebrachte Antrages ihrer Fraktion beschlussreif sei. Hinsichtlich der Änderungsanträge stellt sie klar, dass es bei der beantragten Unterstützung nicht um kapitalistische Großunternehmen ginge, sondern um alle Lüneburger:innen, die sich selbstständig machen wollten. Genau für diese zukunftsfähige Daseinsvorsorge sei der Wirtschaftslotse gedacht, da die Wirtschaftsunternehmen jeglicher Größe mit Arbeitsplätzen, Dienstleistungen, Produkten und letztendlich mit den Steuereinnahmen für eine prosperierende Stadt sorgen würden. Zur Unterstützung der Wirtschaft brauche es eine hervorragende fachliche Vernetzung innerhalb der Verwaltung und eine externe Sichtbarkeit und Ansprechbarkeit für die Unternehmen. Es sei wichtig, dass keine weitere Stelle bei der Wirtschaftsförderung Lüneburg (WLG) geschaffen würde, sondern eine halbe Stelle innerhalb der Verwaltung. Ziel sollte die Verbesserung und Beschleunigung von Abläufen für ansässige und zukünftige Unternehmen sein.

Ratsherr Pols weist auf die Ablehnung des Antrags im Wirtschaftsausschuss am 15.05.2024 hin und stellt klar, dass es neben der Wirtschaftsförderung keinen Wirtschaftslotsen bzw. eine Wirtschaftslotsin brauche, dies sei bundesweit einmalig. Die Wirtschaftsförderung vertrete die wirtschaftlichen Interessen. Dem Aufsichtsrat würden neben Vertreter:innen der Sparkasse und der lokalen Wirtschaft auch Vertreter:innen aus Kreistag und Rat an. Das beabsichtigte Konstrukt sehe nach einer Doppelstruktur aus, solle aber als Ergänzung verstanden werden, die auch für die Bürger:innen zuständig wäre. Der Ursprungsantrag sei gescheitert, da eine zusätzliche Vollzeitstelle geschaffen werden sollte. Den jetzt eingebrachten Änderungsantrag, der das Ergebnis interfraktioneller Gespräche sei, könne er mittragen.

Ratsfrau Schröder-Ehlers geht auf die langwierigen Beratungen ein. Man müsse sich um die Wirtschaft kümmern, die gerade vor großen Herausforderungen und Transformationen stehe, siehe VW oder die Meyer-Werft. Ohne eine funktionierende Wirtschaft, fehle es an Steuereinnahmen für Projekte, die der Stadt zugutekämen. Auch Unternehmen in der Region stünden vor großen Zukunftsfragen und seien durch den Verlust von Arbeitsplätzen stark beeinträchtigt. Diese Unternehmen dürfe man nicht alleine lassen. Es gelte eine Reihe von Fragen zu klären, um Lüneburg als einen attraktiven Wirtschaftsstandort zu gestalten. Dazu sollte die Wirtschaftsförderung personell besser ausgestattet werden. Für eine Weiterentwicklung der gemeinsamen Wirtschaftsförderung benötige man kompetente Mitarbeitende, die neue Ideen und Konzepte weiterentwickeln könnten.

Ratsherr Soldan weist auf die Ursprungsstellungnahme der Verwaltung hin, die die bisherigen Redebeiträge beinhalte. Seiner Ansicht nach solle ein persönlicher Referent im direkten persönlichen Umfeld der Oberbürgermeisterin als Ansprechpartner fungiere. Er sei sich bewusst, dass man damit in die Organisationshoheit der Oberbürgermeisterin eingreife. Deshalb solle der Änderungsantrag seiner Fraktion eher als Anregung gesehen werden, der keiner weiteren Abstimmung bedürfe. Er unterstütze den Änderungsantrag der Grünen und der CDU, sofern seine Empfehlung berücksichtigt werde.

Ratsfrau Esders moniert, dass weder der Antrag noch die Änderungsanträge und Stellungnahmen zeitgemäß seien. Sie kritisiert, dass ein Wirtschaftslotse mit einer Stelle aus dem Stellenpool eingesetzt werden solle, obwohl diese Stellen eher und dringend für die Sozialarbeiter:innen bei den Ge-

flüchteten benötigt würden. Diese seien noch immer nicht freigegeben worden. Die Stellungnahme greife die aktuellen Herausforderungen z. B. der digitalen Transformation, vor der sowohl Landkreis, Hansestadt, Betriebe als auch die Gesellschaft stünden, nicht auf. Ihrer Meinung nach müsse die Stellenbeschreibung diese sektorübergreifenden Veränderungsprozesse mit aufgreifen.

Ratsherr Gaberle weist auf einen Brief der IHK hin, die ihre Verwunderung zu dem Thema ausdrückten. Es sei richtig, den Bürokratie-Dschungel konsequent zu lichten, nicht aber zusätzliches Personal zur Unterstützung einzustellen. Die Begleitung der Unternehmen in diesen Fragen sei ein zentrales Thema der Kammern, der Arbeitgeberverbände und der Wirtschaftsförderung. Seine Fraktion würde es unterstützen, wenn sich der Rat beispielsweise über eine Resolution für Bürokratieabbau einsetze. Das Verwaltungshandeln müsse insgesamt konsequent auf mehr Wirtschaftsfreundlichkeit ausgerichtet werden, was neben einer Vereinfachung auch eine Beschleunigung von Genehmigungsverfahren beinhalten solle und nichts koste. Seine Fraktion lehne diesen Antrag ab.

Eine von Oberbürgermeisterin Kalisch um 20:45 Uhr beantragte Sitzungsverlängerung erhält keine ausreichende Mehrheit.

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst mehrheitlich folgenden Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.09.2023 ist obsolet.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 07.11.2023 wird zurückgezogen.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 17.09.2024 wird abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der CDU-Fraktion vom 17.09.2024 wird angenommen.

Der Änderungsantrag der Gruppe die Partei/Die Linke vom 19.09.2024 wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 20
Enthaltungen: 4

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der CDU-Fraktion

Ja-Stimmen: 22
Nein-Stimmen: 13
Enthaltungen: 1

Änderungsantrag der Gruppe Die Partei/Die Linke

Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 22
Enthaltungen: 11

zu 17.2 Antrag "Vonovia-Wohnungen in Lüneburger Hände" (Antrag der SPD-Fraktion vom 07.05.2024, eingegangen 13.05.2024, 22:14 Uhr) Vorlage: VO/11297/24

Der Tagesordnungspunkt wird gem. § 4 Absatz 2 Satz 5 der Geschäftsordnung des Rates aufgrund von Zeitmangel auf die nächste Sitzung des Rates vertagt.

zu 18 Neue Anträge und Anfragen

zu 18.1 Antrag "Gemeinsamen Integrationsbeirat neu aufstellen" (gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 12.08.2024, eingegangen am 02.09.2024) Vorlage: VO/11452/24

Der Tagesordnungspunkt wird gem. § 4 Absatz 2 Satz 5 der Geschäftsordnung des Rates aufgrund von Zeitmangel auf die nächste Sitzung des Rates vertagt.

zu 18.2 Antrag "Finanzierung von Sprach- und Kulturmittler:innen" (Antrag der SPD-Fraktion vom 05.09.2024, eingegangen am 05.09.2024) Vorlage: VO/11458/24

Der Tagesordnungspunkt wird gem. § 4 Absatz 2 Satz 5 der Geschäftsordnung des Rates aufgrund von Zeitmangel auf die nächste Sitzung des Rates vertagt.

zu 19 Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten

Von den Ratsmitgliedern werden Fragen zu folgenden Themen gestellt:

Berichterstattung Vonovia

Ratsherr Blanck hinterfragt die Berichterstattung in der Landeszeitung vom Vortag, in der ausgeführt worden sei, dass die Stadt es sich mit dem Thema Vonovia zu leicht machen würde.

Oberbürgermeisterin Kalisch erklärt, dass sie eigentlich zu dem nunmehr vertagten Tagesordnungspunkt dazu habe Stellung beziehen wollen. Angesichts der Menschen, die vor dem Krieg fliehen und in der Hansestadt Schutz und ein Dach über dem Kopf suchen würden, habe dieser Bericht mit dem Zitat „Vonovia-Hölle“ einen bitteren Beigeschmack. Sie könne nicht so stehen lassen, dass der Verwaltung jegliche Kompetenz und der nötige Sachverstand für die Verhandlungen mit der Vonovia abgesprochen würde. Sie habe mit Herrn Rink einen Kämmerer, der die entsprechende Kompetenz besitze. Sie weist die Unterstellung zurück, dass sie keine soziale Ader besäße. Es sollte doch mehr miteinander als übereinander gesprochen werden.

Ratsherr Bugenhagen merkt an, dass man solchen Konzernen, wie der Vonovia nur begrenzt über den Weg trauen könne. Aus seiner fachlichen Sicht und seiner persönlichen Erfahrung, empfehle er im Umgang mit den Konzernen, Vorsicht walten zu lassen, da diese nur an Profit interessiert seien. Er sehe derzeit keine effektive Gefahrenabwehr seitens der Eigentümer. Die Schäden würden seit 20 Jahren nur oberflächlich beseitigt. Daher appelliere er an den Rat, die Oberbürgermeisterin entsprechend zu unterstützen, dem Konzern die Stirn zu bieten.

Oberbürgermeisterin Kalisch dankt für diesen Hinweis und verweist auf ihren Bericht aus der vergangenen Ratssitzung, in der sie im nichtöffentlichen Teil über das Vorgehen der Verwaltung informiert habe. Sie betont, dass die Bauaufsicht an der Thematik dran sei und auch konsequent dran bleibe.

Ratsfrau Lotze erkundigt sich, ob und welche Finanz- und Immobilien-Experten und Juristinnen und Juristen die Verwaltung in den bisherigen Verhandlungen hinzugezogen habe.

Stadtkämmerer Rink antwortet mit einem Verweis auf die Ausführungen im nichtöffentlichen Teil der Finanzausschusssitzung. Es gebe einen Grundsatzbeschluss des Rates, der die weitere Vorgangsweise festlege. Man habe Kontakt zu Experten aufgenommen, mit denen man Rahmenbedingungen definiert habe, die bei entsprechender Beschlussfassung des Rates, den Gebäudebestand zu kaufen, intensiviert würden. Man habe renommierte Büros bzw. Kanzleien an der Hand. Man sei in der Lage, mit dem Rat die Rahmenbedingungen zu definieren, auf deren Basis der Rat eine Grundsatzentschei-

dung oder einen konkreten Auftrag erteilen könne.

Tiefbauarbeiten

Ratsherr Grimm erkundigt sich, ob absehbar sei, wann die Tiefbauarbeiten der Avacon in der „Roten Straße“ abgeschlossen seien.

Erster Stadtrat Moßmann antwortet, dass er dazu bereits in der vergangenen Woche im Mobilitätsausschuss berichtet habe. Seitdem gebe es keinen neuen Sachstand. Die Avacon habe sowohl dem Bauunternehmen als auch der Verwaltung gegenüber bisher kein verbindliches Zeitfenster benennen können.

Wohnmobile im Hanseviertel

Ratsherr Heerbeck schildert, dass offenbar auf einem größeren Stellplatz neben dem Offizierskasino im Hanseviertel mehrere Wohnmobile dauerhaft abgestellt seien. Er wolle wissen, ob dieser Parkplatz für diese Nutzung freigegeben sei und was die Stadt ggf. dagegen unternehme.

Frau Hesebeck, Fachbereichsleiterin Tiefbau und Grün, antwortet, dass sich der Parkplatz im Eigentum der Sparkasse Hanse Immobilie (SHI) befinde. Diese habe zeitnah eine Parkraumüberwachung in Auftrag gegeben. Im Rahmen dessen werde es auch dazu kommen, dass die Wohnmobile dort nicht mehr stehen dürften. Es gebe zudem auch keine Genehmigung dafür. Die SHI sei der Erschließungsträger des Hanseviertels Ost und werde den Endausbau jetzt auch zeitnah durchführen.

Ergänzung durch die Verwaltung: Nach erneuter Prüfung wurde festgestellt, dass der Parkplatz am Casino in der Lünecker Straße bereits von der SHI auf die Hansestadt Lüneburg übertragen wurde. Dort wird zeitnah eine Beschilderung angebracht, die besagt, dass dort nur PKWs parken dürfen und Wohnmobile nicht.

Gemeinschaftsunterkunft in Rettmer

Ratsfrau Lotze erkundigt sich, wie die Verwaltung mit der Situation an der Gemeinschaftsunterkunft in Rettmer umgehe. Sie habe gehört, dass die in der Unterkunft untergebrachten Kinder auf Ihrem Schulweg an Drogensüchtigen vorbeilaufen müssten. Die Sicherheit sei dort wohl gefährdet und lasse Vermissten, dass Kinder und Familien sich im Umfeld wohlfühlen könnten.

Herr Rumpel, Bereichsleiter für soziale und finanzielle Hilfen, erläutert, dass dies ein Thema sei, was die Verwaltung derzeit stark beschäftige und was seine Kollegin, Frau David, bereits sehr aktiv angegangen sei. Es gebe einen regelmäßigen Runden Tisch mit allen Betroffenen, bei dem verbessernde Maßnahmen besprochen würden. Der Außenbereich um die Unterkunft sei neu gestaltet worden. Des Weiteren habe sich ein ehrenamtlicher Arzt bereit erklärt, vor Ort ein medizinisches Basisangebot anzubieten unabhängig von der ärztlichen Grundversorgung. Perspektivisch soll es ein Gewaltschutzkonzept für die Gemeinschaftsunterkunft geben. Hier werde die Polizei mit einbezogen. Es sei auf den Weg gebracht worden, dass generell mehr gegen strafrechtlich relevante Tatbestände und Ordnungswidrigkeiten vorgegangen würde. Das Streetworking sei künftig präsenter vor Ort. Ein Austausch mit den Ortsvorständen solle klären, wie man aktiv auf die Betroffenen zugehen könne. Auch die Filialleitenden des „Garbers-Centers“ würden mit einbezogen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt könne man feststellen, dass sich die Situation insgesamt etwas verbessert habe. Es sei friedlicher geworden und es seien auch weniger Diebstähle zu verzeichnen.

Ratsfrau Bendorf bemängelt, dass sie von etwaigen Terminabsprachen nichts wisse, obwohl das „Garbers-Center“ und die Gemeinschaftsunterkunft der Gemarkung Rettmer angehören. Somit sei sie eigentlich die Ansprechpartnerin. Sie habe bereits gemeinsam mit Oberbürgermeisterin Kalisch eine Sprechstunde mit dem ansässigen Gewerbetreibenden abgehalten und stehe in regelmäßigem Austausch mit der Polizei.

Bürgermeisterin John ergänzt, dass sie in ihrer Funktion als Ortsbürgermeisterin zu dieser Sache mit dem Geschäftsführer des ansässigen EDEKA-Marktes gesprochen habe. Dieser habe bestätigt, dass

sich die Situation gebessert habe. Bei Gesprächsbedarf würde selbstverständlich auch Ratsfrau Bendorf als Ortsvorsteherin einbezogen.

Ratsfrau Schröder-Ehlers bekräftigt, dass es wichtig sei, dass die Grenzen der Ortschaften und die damit verbundenen Zuständigkeiten auch eingehalten würden. Sie habe gehört, dass in der Unterkunft neben Familien auch unbegleitete minderjährige Ausländer (UMAs) untergebracht würden. Sie fragt nach, wann dafür gesorgt werde, dass diese unterschiedlichen Gruppen auseinandergesetzt werden. Dies sei doch gerade für die Kinder und Jugendlichen wichtig.

Herr Rumpel weist darauf hin, dass man zwischen Gefahrenabwehr und Unterbringung Geflüchteter unterscheiden müsse. Im Rahmen der Gefahrenabwehr seien Menschen unterzubringen, die von Obdachlosigkeit bedroht bzw. obdachlos geworden seien. Dem gegenüber stünde die Unterbringung von UMAs. Diese würden nicht in diesen Gebäudekomplexen der Obdachlosen untergebracht.

Oberbürgermeisterin Kalisch sagt eine Sachaufklärung über das Protokoll zu. Ihres Wissens nach würden in der Gemeinschaftsunterkunft in Rettmer keine UMAs untergebracht. Sollte sich dies nach Rücksprache mit dem heute nicht anwesenden Sozialdezernenten, Herrn Forster, anders darstellen, sei dies natürlich ein eklatanter Punkt, den es noch einmal aufzugreifen gelte.

Hinweis der Verwaltung: die Prüfung hat bestätigt, dass keine unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMAs) in Rettmer untergebracht sind.

Drogenszenen Am Berge

Ratsherr Pols weist auf einen Hinweis aus der Bevölkerung hin, dass in der Straße „Am Berge“ offensichtlich mit harten Drogen gedealt werde. Dies löse ein deutliches Gefühl der Bedrohung für die Passanten aus. Anscheinend sei es Aufgabe der Polizei, dagegen vorzugehen. Es erschließe sich ihm nicht, warum seitens der Stadt nichts unternommen, sondern die Drogenszene dort geduldet werde. Es gebe dringenden Handlungsbedarf, um die Sicherheit der Anwohner:innen und Nutzer:innen des Parkhauses wiederherzustellen.

Oberbürgermeisterin Kalisch verweist auf die Mitteilungen der Verwaltung, unter denen sie eingangs und auch schon im vergangenen Rat zu der Thematik gesprochen habe. Sie teile die Entrüstung, denn sie sehe ebenfalls, dass das Sicherheitsgefühl gestärkt werden müsse. Daher habe man bereits vor der Sommerpause einen runden Tisch einberufen. Dies sei auch der Grund, weshalb ein kommunaler Ordnungsdienst eingeführt werden solle, der die Polizei in ihren Aufgaben unterstütze. Darüber hinaus wolle man die soziale Ansprache hochfahren. Im nichtöffentlichen Teil werde Herr Moßmann noch einmal etwas genauer ausführen. Klar sei auch, dass man mehr Polizeipräsenz benötige, hierzu werde sie Anfang Oktober mit dem Innenministerium Gespräche führen.

Ratsfrau Esders bekräftigt, dass man in der Stadt endlich wieder in das Soziale investieren solle, anstatt populistisch über Sicherheitsthemen zu diskutieren. Sie erinnere daran, dass es in der Stadt immer noch keinen Sozialgipfel gebe. Ein weiteres Beispiel sei die Situation mit Vonovia, in deren Wohnungen die dort lebenden Menschen abgezockt würden. Es fehle der soziale Gestaltungswillen der Oberbürgermeisterin. Es werde immer wieder darauf hingewiesen, dass bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden solle. Sie sehe aber nicht, dass dies in ausreichendem Maße passiere. Daher wolle sie wissen, wie lange die Menschen weiterhin in diesen Wohnungen wohnen sollen und es keine Veränderung geben werde.

Oberbürgermeisterin Kalisch verweist darauf, dass der Tagesordnungspunkt bereits verschoben wurde, da die Sitzungsdauer ende und eine Verlängerung abgelehnt worden sei. Sie freue sich auf eine Diskussion in der nächsten Ratssitzung.

Straßensanierung

Ratsherr Soldan erfragt, wann denn die „Bessemmer Straße“ im Rahmen des aufgestellten 5-Jahres-Planes mit der Sanierung dran sei. Er habe gehört, dass die Firma bereits beauftragt sei.

Frau Hesebeck bestätigt, dass die Firma bereits beauftragt sei, den genauen Termin gebe sie zu Protokoll.

Antwort der Verwaltung: Der Auftrag für die Instandsetzungsarbeiten aus dem 5-Jahres Plan ist vergeben und wird prioritär abgearbeitet. Gestartet wird der Abschnitt in der „Bleckeder Landstraße“, danach folgt der Kreuzungsbereich „Dahlenburger Landstraße/Theodor-Heuss-Straße“ und anschließend die „Bessemer Straße“. Die Fertigstellung ist für Ende Oktober/Anfang November vorgesehen.

Bürgermeisterin John schließt um 21:15 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.